

Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft,



Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die „Sachsen-Zeitung“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in Mark im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mark, bei Postbestellung 2,50 Mark. Einzelnummern 15 Pfennig. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6

Die Sachsen-Zeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rostau u. a.

Die Sachsen-Zeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rostau u. a.

Nr. 128 - 83. Jahrgang.

Verl.-Abt.: „Sachsen-Zeitung“

Wilsdruff-Dresden.

Verlag: Dresden 2640

Dienstag den 3. Juni 1924

Poincares Abschied.

Er ist nun wieder von der politischen Bühne abgetreten, der jetzt 64jährige Lothringer aus Bar-le-Duc in Frankreich. Abgetreten — aber für wie lange? Unzählige Male fast ist er Minister geworden, seit er 1889 als Deputierter in das Palais Bourbon einzog. Und dieses Ministerwerden begann schon 1893. Bald dirigiert er das Ministerium des Unterrichts und der schönen Künste, bald das der Finanzen, bald des Innern. Er wird Vizepräsident der Deputiertenkammer, Ministerpräsident und schließlich Präsident der französischen Republik.

Ein paar Meilen jenseits seines Geburtsortes begann Deutschland, und der Rejnährige hat die Preußen 1870 durch das kleine Städtchen hinurchmarschieren sehen gen Paris. Immer hat der Grenzländer ein starker entwickeltes Nationalgefühl als jener, der nicht bedrängt wird von fremdem Volkstum. Und ganz für voll sah man ja in Paris den Lothringer nie an, den „toto carré“, den Dickkopf. Aber gerade bei diesem Manne aus Bar-le-Duc fiel die 44jährige Rede eines Clemenceau auf besonders günstigen Boden und brachte Frucht.

Nach sind trotz aller Veröffentlichungen — und sie sind fürchtbar kompromittierend, diese Veröffentlichungen namentlich aus den russischen Archiven, aber auch aus indirekten französischen Memoiren — die Früden der Vorkriegspolitik Poincares nicht restlos aufgedeckt, aber er war nicht umsonst zwei Monate vor Kriegsausbruch in St. Petersburg; der damalige französische Botschafter Paul Cambon hat allerlei Interessantes darüber mitgeteilt, und langsam sehen sich die russischen Heere nach Westen in Bewegung. Der Krieg kam, aber nicht Poincaré war der Sieger, sondern Clemenceau. Er erntete die ersten Früchte, die schwere Frucht von Versailles; aber dann mußte er gehen. Und Barthou ging, Briand wurde gewählt, als er in Cannes einige Rechte aus jenem Vertrage nicht mehr in ihrer ganzen Härte anwenden zu wollen schien. Poincaré war Ministerpräsident mit der bedingungslosen Gesellschafter des Bloc national hinter sich.

Es galt, die „Fehler“ des Versailler Vertrages auszuweisen: „der Rhein, Frankreichs Strom, nicht Frankreichs Grenze“ — wie man höhnisch das bekannte deutsche Wort jetzt in Frankreich abänderte, den Lebensunterhaltigen Raum zu verwickeln. Poincaré ist's gelungen. Und er ist alle mit sich fort, auch jene politischen Gegner, die aus Eifersucht ihm den Erfolg mißgönnten. Mit riesigen Mehrheiten sprach ihm die Kammer immer wieder das Vertrauen aus, deckte alles, aber auch alles, was er und seine Vertrauten im eroberten Ruhrgebiet taten, und ungehört verhallen die paar Stimmen, die darauf hinweisen, daß diese Verzimmerungspolitik verhängnisvolle Folgen auch für Frankreich haben müsse. Er sieht niemals die politische Isolierung Frankreichs, weil der Stärke immer am mächtigsten allein ist. Er achtet nicht auf die englischen, die amerikanischen Mahnungen ja Drohungen, weil er weiß, daß er nur lächelnd auf die Kanonen und Flugzeuggeschwader Frankreichs hinzuweisen braucht, weil es nur eines Aufrufs Frankreich bedarf, sich „die Früchte des Sieges nicht rauben zu lassen“. Auch nach dieser Richtung hin ist seine Politik erfolgreich, sie kommen ihm alle, alle. Im Südosten und Osten Europas baut er ein System von Allianzen aus gegen die „deutsche Gefahr“, und er stand vor der Verwirklichung neuer „Sicherungen“ an der deutschen Westgrenze, Sicherungen nicht östlicher Natur, sondern derart, daß dem ganzen Deutschland das Rückgrat seiner Macht gebrochen werden sollte, es zu einem Gewimmel von Hörlingen gemacht werden sollte. Das sollte geschehen durch die Entwaffnung vom 28. Mai, die die letzte Tat Poincares ist. Die vorläufige letzte.

Denn er hat die Ziele der französischen Politik so tief eingegraben und so festgelegt, daß auch ein Nachfolger vielleicht wenig daran ändern kann. Sind sie doch nach seiner und der meisten Franzosen Ansicht nichts anderes als der Inhalt des Versailler Vertrages oder „Folgerungen“ daraus. Folgerungen, die allein Frankreich zieht, ohne irgendwie auf Proteste der andern oder gar Deutschlands dabei zu achten. Für sie ist die einzige Quelle ihres Rechts die Macht. Ihr Grundgesetz ist: Wahrheit und Haltung des Versailler Vertrages und seiner Grundlage, der deutschen Schuld am Kriege. Diese Grundlage, die eine machtpolitische ist, ist immer wieder betont worden. Fast spurlos geht vor der Welt vorbei, was Poincaré tat, diesen Krieg herbeizuführen.

Poincaré ist von der politischen Bühne abgetreten; — für wie lange?

Ein Kabinett der Mitte.

Berlin, 31. Mai.

Die Morgenüberprüfung des heutigen Tages — der wir mitten in der Regierungskrise — bildete der gestern Abend gefasste Beschluß der deutschnationalen Volkspartei. Er bildete eine unverkennbare Abgabe an die bisherigen Versuche des mit der Kabinettsbildung beauftragten Dr. Marx, das Programm der bisher regierenden Mittelparteien mit den Forderungen der Deutschnationalen in Einklang zu bringen. Der Beschluß lautete: „Die deutschnationale Fraktion vermag nicht darauf zu verzichten, daß in der auswärtigen und inneren Politik des Reiches eine Kursänderung erfolgt, und daß hierfür bei der Regierungsbildung sichtbare Garantien geschaffen werden. Aus diesem Grunde hat sie sich stets mit aller

Der Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet vor dem Ende.

Nahezu 85 Prozent wieder eingefahren.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Zeitung“.)

Essen, 2. Juni. Wie T.-A. aus zuverlässiger Quelle erfährt, sind nahezu 85 Proz. aller Bergarbeiter wieder eingefahren.

Vor der Entscheidung.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Zeitung“.)

Berlin, 2. Juni. Man rechnet nunmehr damit, daß im Laufe des heutigen Tages das Kabinett sich konstituieren wird. Es ist anzunehmen, daß fast sämtliche Ministerposten in den Händen der bisherigen Inhaber bleiben. Das Gerücht, daß der Reichsinnenminister Dr. Jarres sich auf den von ihm früher innegehabten Oberbürgermeisterposten in Duisburg wieder zurückziehen wolle, bestätigt sich nicht, wohl aber wird voraussichtlich der Wirtschaftsminister Hamm ausscheiden. An seine Stelle tritt voraussichtlich ein Mitglied der Deutschen Volkspartei. Man nennt in erster Linie den Abgeordneten Prof. Moldenhauer. Ob das Justizministerium wieder mit Emminger besetzt wird, hängt von der Stellungnahme der Fraktion der Bayerischen Volkspartei ab. Sollten die Dinge diesen Verlauf nehmen, so ist es möglich, daß die erneuerte Reichsregierung voraussichtlich am Dienstag vor den Reichstag treten wird, um dort ihre programmatische Erklärung abzugeben und die Vertrauensfrage zu stellen. Von der Bayerischen Volkspartei und dem Bayerischen Bauernbund wird es im wesentlichen abhängen, ob dieses Vertrauensvotum nur mit wenig Stimmen Mehrheit oder mit einer etwas tragfähigeren Mehrheit angenommen wird.

Zum Schicksal der Reichseisenbahn.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Zeitung“.)

Genf, 2. Juni. Die aufsehenerregende Meldung der Telegraphen-Union von dem Beschlusse der alliierten Sachverständigen nach einer 40prozentigen Herabsetzung des Personals der deutschen Reichsbahn, findet ihre Bestätigung im „Matin“, dem Temps, dem Echo de Paris und dem Journal. Worauf sich das unzutreffende Wollische Dementi stützen will, ist aus keiner einzigen Pariser Zeitung ersichtlich.

Attentat auf den österreichischen Bundeskanzler.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Zeitung“.)

Wien, 2. Juni. Dr. Seipel wurde am Sonntag abend, als er von einer Fahnenweihe im Burgenland zurückkehrend, auf dem Südbahnhof in Wien eintraf und dort mit dem Stationsleiter sprach, von einem noch unbekanntem Mann durch Lungen- schuß schwer verletzt. Der Attentäter soll Dr. Seipel von der Fahnenweihe aus gefolgt und mit ihm im Zuge nach Wien gefahren sein. Der Einschlag der Kugel war von dem Kanzler zuerst nicht bemerkt worden, bis er ganz plötzlich die Kraft verlor. Ein zufällig auf dem Bahnhof weilender Münchener Arzt leistete ihm die erste Hilfe. Von zwei Herren geführt wurde der Bundeskanzler nach dem Spital des vierten Bezirks gebracht. Ueber das Befinden des Kanzlers wird mitgeteilt, daß er sich bei vollem Bewußtsein befindet. Die Ärzte hoffen, den Schwerverletzten, obwohl er zuckerrant ist, zu retten. Noch am Sonntag soll Dr. Seipel einer Operation unterzogen worden sein, um die Kugel zu entfernen. Der Attentäter hat einen Schuß gegen sich selbst abgegeben und ist vernehmungsunfähig.

Entschiedenheit für die Tirpitz-Lösung ausgesprochen. Da die von dem bisherigen Herrn Reichskanzler Marx geführten Verhandlungen für die vorausgesetzte Kursänderung, namentlich auch was die entsprechende Kursänderung in Preußen anbetrifft, keine Gewähr bieten, verspricht sich die deutschnationale Reichstagsfraktion von einer Fortsetzung dieser Verhandlungen keinen Erfolg. Das war also eine Wiederholung des Wunsches nach der Kanzlerschaft des Großadmirals Tirpitz und gleichzeitig nach dem Entschluß Dr. Stresemanns in der Außenpolitik durch einen anderen Mann, einen Mann des Vertrauens für die Deutschnationalen. Mit dieser Erklärung dürfte die mehrjährige Aktion zur Gestaltung eines Bürgerblocks von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten als gescheitert angesehen werden. Als bald versammelten sich im Reichstag alle Fraktionen und berieten über die Lage. Zentrum und Demokraten waren einzig in der Ablehnung der deutschnationalen Forderung, dagegen schien die Deutsche Volkspartei ihre vermittelnde Rolle beizubehalten. Ihr Vorsitzender Dr. Scholz hatte alsbald nach der Entschließung der Deutschnationalen den Reichspräsidenten besucht und ihm die Anregung gegeben, nunmehr erneut einem deutschnationalen Führer den Auftrag zur Ausrufung einer Ministerliste zu erteilen. Reichspräsident Ebert soll sich nicht in der Lage gesehen haben, dieser Anregung zu willfahren. Wie erklärt wird, hat sich der Reichspräsident dazu veranlaßt gesehen mit Rücksicht auf die Stellungnahme der Deutschnationalen, namentlich hinsichtlich der auswärtigen Politik. Die weitere Entwicklung wird von der Haltung der Fraktion der Deutschen Volkspartei bestimmt sein. Die heute mit den anderen bisherigen Koalitionsparteien, Zentrum und Demokraten, berät. Dem Benehmen nach sind die Anschauungen in der Deutschen Volkspartei nicht einheitlich. Eine Zeitlang wurde auch gesprochen von einer Wiederherstellung der früheren sog. „Großen Koalition“, also der

Wien, 2. Juni. In den Straßen vor dem Krankenhaus hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt, die politische Kundgebungen gegen den Mörder veranstaltete. Es ist als bestimmt anzunehmen, daß der Attentäter, es handelt sich um einen Arbeiter Karl Jaworek aus Tottenstein, nicht der sozialdemokratischen, sondern der kommunistischen Partei angehört, die in Oesterreich über eine geringe Mitgliederzahl verfügt. Bei einer zweiten Operation, der Dr. Seipel unterzogen wurde, konnte die Kugel nicht aufgefunden werden. Infolge des Schwächezustandes werden weitere Versuche unterlassen werden. Bei dem Attentäter fand man einen Brief, aus dem hervorgeht, daß er nicht anders handeln konnte, da er zum Attentat auf den Bundeskanzler bestimmt worden sei.

Der Neunstundentag im Leunawerk.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Zeitung“.)

Merseburg, 2. Juni. Die Direktion der Leunawerke gibt durch Anschlag bekannt, daß ab heute Montag die neunstündige Arbeitszeit eingeführt ist.

Lärm in der französischen Kammer.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Zeitung“.)

Paris, 2. Juni. Die sämtlichen Abgeordneten waren in der Kammer anwesend. Die Tribünen der Zuschauer und Journalisten waren überfüllt. Der Alterspräsident betrat die Tribüne und sprach ungefähr eine Stunde. Von seiner Rede ging jedoch viel vor dem ständig zunehmenden Lärm verloren, in den zuletzt auch die Tribünen einmündeten. Aus den Reihen der Sozialisten und Kommunisten erklangen die Rufe: Nieder mit Millerand, es lebe die Amnestie.

Die Sozialisten und die Regierungsbildung.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Zeitung“.)

Paris, 2. Juni. Der außerordentliche sozialistische Kongress hat gestern nachmittag seine Beratungen fortgesetzt und ungefähr drei Stunden über die Frage der Beteiligung bei der Unterstufung des neuen Kabinetts verhandelt. Die Debatte nahm einen außerordentlich stürmischen Verlauf. Es wurde schließlich eine besondere Kommission ernannt, die heute früh 9 Uhr bei Wiederaufnahme der Aussprache einen Bericht erstatten wird.

Die amerikanisch-japanischen Beziehungen.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Zeitung“.)

Paris, 2. Juni. Aus Tokio wird gemeldet, die japanische Regierung habe der Ernennung des Herrn Schurmann zum amerikanischen Gesandten in Tokio zugestimmt. In New York scheint man die Meldung als einen Beweis dafür zu erblenden, daß Japan die Aufrechterhaltung der amerikanisch-japanischen Beziehungen wünsche.

Eine litauische Protestnote an den Völkerbund.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Zeitung“.)

Kowno, 2. Juni. Die litauische Regierung hat an den Völkerbund eine Note gerichtet, in der sie gegen die militärischen Vorbereitungen der Polen im Wilnagebiet protestiert.

Wenigstens der Regierungskombination mit Einschluß der Sozialdemokraten. Die Abneigung in der Deutschen Volkspartei, sich daran zu beteiligen, dürfte aber wohl als unüberwindliches Hindernis sich bemerkbar machen, und ein nach links neigendes Kabinett ohne Deutsche Volkspartei, also ein nur aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten, wie unter der Regierung Birtz, kann kaum auf eine tragfähige Mehrheit rechnen. Vorläufig setzt Dr. Marx seine Arbeiten fort und gegen Abend gewann die Möglichkeit einer Wiederkehr des bisherigen Ministeriums der Mitte, also des Kabinetts Marx, vielleicht mit unwesentlichen Änderungen, an Wahrscheinlichkeit.

Eröffnung der Jahreschau Deutscher Arbeit (Textilausstellung).

Dresden, 31. Mai. Heute mittag fand im Beisein von Vertretern der Reichs-, Staats- und städtischen Behörden die Eröffnung der 3. Jahreschau Deutscher Arbeit (Textilausstellung) statt. Die Ausstellung ist außerordentlich reich besetzt. Nicht nur aus Sachsen, sondern aus dem ganzen Reiche sieht man die Erzeugnisse aus den verschiedensten Textilbranchen. In mehreren Hallen werden auch die Textilmaschinen in Tätigkeit vorgeführt. Nach dem übereinstimmenden Urteil Sachverständiger übertrifft die Textilausstellung an Reichhaltigkeit und Güte noch die beiden vorhergehenden Ausstellungen. Der Präsident der Jahreschau Stadtrat Dr. Brüger eröffnete die Ausstellung mit einer Begrüßungsansprache, in der er besonders den Reichs-, Staats- und Stadtverordneten für ihr Erscheinen dankte. Er wies dann auf die Bedeutung der Ausstellung hin und sagte: Die deutschen Textilarbeitgeber und -nehmer schaffen auch heute noch